

Finger weg von Afrika!

Deutschland betreibt improvisierte Weltpolitik, die hochmoralisch daherkommt, viel kostet - aber wenig bewirkt. Damit sollte Schluß sein

Von Hans-Peter Schwarz

"Die Deutschen besitzen als die einzigen in Europa die Neigung, sich für abstrakte Wahrheiten zu begeistern, ohne sich um deren praktische Folgen zu kümmern." Diese Beobachtung hat Alexis de Tocqueville vor etwa 140 Jahren formuliert. Heute liest man das, als würde sich ein Skeptiker im Jahr 2003 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr Gedanken machen.

Die abstrakten Wahrheiten, von denen die Berliner Politik motiviert wird, lassen sich auf einfache Formeln bringen. Erstens, so ist von den Grünen bis zu den humanitär bewegten Männern und Frauen in der CDU zu hören, dürfe sich das größer gewordene Deutschland seiner globalen Verantwortung nicht entziehen. Dazu gehören auch Auslandseinsätze der Bundeswehr - zur Unterbindung von Völkermord, zum Friedensschaffen und zur Hilfe beim Aufbau der Demokratie von Prishtina bis Kabul.

Mit diesen Forderungen nach einem global vagabundierenden Humanitarismus im Schutz militärischer Sozialhelfer verbindet sich zweitens die Überzeugung, daß UN-Einsätze den Bundesbürgern wie den Adressaten am wohlgefälligsten sind. Anderes kommt hinzu: Amerika soll nach dem 11. September beim Krieg gegen den Terror nicht allein gelassen werden - so entsendet man 2300 Mann zur Isaf nach Kabul. Dem französischen Präsidenten möchte Berlin beweisen, daß man es mit einer UN-mandatierten, französisch geführten Streitmacht ernst meint, stimmt beflissen zu und läßt sich dann wegen des "bescheidenen" deutschen Beitrags verspotten.

Tocquevilles "praktische Folgen" und die praktischen Erfordernisse zur Durchsetzung der für gut erachteten Wahrheiten interessieren erst einmal nicht. Die Wirklichkeit sieht nämlich betrüblich aus. Offenbar existieren auf dem Globus weite düstere Regionen, in denen es selbst Engelsscharen beim Friedensschaffen schwerhätten. Niemand wird es noch so kraß formulieren wie einst Metternich, der sagte, die Zivilisation höre an den Südostgrenzen Österreichs auf, und jenseits davon zählten "drei- bis vierhunderttausend Gehängte, Erwürgte, Gepfählte nicht viel". Vielleicht gelingt es ja, das böse Diktum wenigstens für die Regionen auf dem Balkan zu widerlegen. Aber die Hoffnung, in Afghanistan einen halbwegs friedlich und rechtlich funktionierenden Staat aufzubauen oder den Warlords in Kongo die Freude an den "neuen Kriegen" austreiben zu können, ist doch eher aus dem Stoff gewebt, aus dem die Träume sind. Zur Wirklichkeit gehören auch die Särge und zwei Transportflugzeuge voller Verwundeter, die jetzt zurückkommen. Deutschland wird am Hindukusch nicht verteidigt, sondern möglicherweise vorgeführt.

Auch mit den UN-Einsätzen hat die Welt im vergangenen Jahrzehnt ihre Erfahrungen gemacht. Daß die Wege zu den großen Massengräbern häufig von Blauhelmsoldaten gesäumt sind, die sich vorsichtig wegdrücken, ja wegdrücken müssen, ist seit den Massenschlächtereien von Srebrenica und in Ruanda bekannt. Unbedacht sind auch die praktischen Folgen von Truppenentsendungen, denen bündnispolitische Motive zugrunde liegen. Ausgerechnet jetzt, da die Lage in Kabul so kritisch ist, soll die deutsche Isaf-Präsenz nach Herat ausgedehnt werden. Es ist kein Geheimnis, daß dem auch das Verlangen zugrunde liegt, in Washington wieder gut Wetter zu machen. Desgleichen ist die Bereitschaft, sich an einer Kongo-Operation zu beteiligen, die vor allem dem Prestige und den Wirtschaftsinteressen Frankreichs dient, in erster Linie eine Geste gegenüber Paris. Liegen unsere Prioritäten neuerdings in Kongo?

Vor dem Out-of-area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 gab es gute Gründe, die deutsche Ängstlichkeit angesichts der Balkan-Greuel zu kritisieren. Doch inzwischen hat die deutsche Diplomatie die Bundeswehr als Spielmaterial entdeckt und nutzt dies ziemlich bedenkenlos. Von den Auslandseinsätzen, auf die sich die politische Klasse eingelassen hat, hat zwar jeder einzelne seine zwar komplizierte, doch nachvollziehbare Logik. Entstanden ist jedoch über die Jahre hinweg ein Gesamtableau, das den Eindruck planloser Zufälligkeit erweckt.

Zu den nicht bedachten Folgen des globalen Aktionismus gehört auch die Zerrüttung der Bundeswehr. Sie ist einerseits überbeansprucht, wird aber andererseits im Zustand der Unterfinanzierung gehalten. Wollen und Können kommen nicht zur Deckung. Zwar soll der hehre Verweis auf die gewachsene Verantwortung des größer gewordenen Deutschlands unsere nervöse Praxis begründen, Soldaten in alle Weltwinkel zu entsenden. Doch von einer reifen, selbstsicheren weltpolitischen Rolle Deutschlands kann keine Rede sein.

Oft wird zu Recht gesagt, Berlin müsse endlich lernen, deutschen Auslandseinsätzen Kriterien des nationalen Interesses zugrunde zu legen. Ein entscheidender Gesichtspunkt ist dabei sicher die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr. Der Umbau zur partiellen Interventionsarmee ist im Gange. Die dafür erforderliche Finanzierung steht aber bloß auf dem Papier. Und trotz der absurden Ungerechtigkeiten unseres Wehrpflichtsystems drücken sich die großen Parteien und die Bundeswehrführung immer noch um die Entscheidung herum, den Schritt zur Berufsarmee zu tun, die natürlich teurer wäre als das bisherige System. Angesichts der dramatisch defizitären Lage des Bundeshaushalts ist für absehbare Zeit an eine Aufstockung des Verteidigungsbudgets nicht zu denken - humanitär Wünschbares und Selbstverpflichtungen hin oder her. Wer es also mit der Bundeswehr gut meint, müßte ihr heute als allerersten Leitsatz ein Moratorium bei Auslandseinsätzen anraten. Mit improvisierter Weltpolitik, die viel kostet, wenig Nachhaltiges bewirkt und stets in Gefahr steht, blamabel zu enden, ist niemandem gedient.

Könnte ein weiterer Leitsatz darin bestehen, die Auslandseinsätze konsequent regional zu begrenzen und mittelfristig einen Schwerpunkt auf

den Balkan zu legen? Vor dem 11. September schien sich in der Tat dieses Konzept herauszuschälen, für das auch gegenwärtig manches spricht. Trotz anfänglicher Versäumnisse war deutsches Friedensschaffen im atlantisch-europäischen Verbund im zerfallenen Jugoslawien doch recht erfolgreich. Gerade wer für eine konsequente atlantische Orientierung unserer Sicherheitspolitik eintritt, wird Amerika schwerlich davon überzeugen können, daß immer dann, wenn auf dem Balkan die Luft eisenhaltig wird, die Amerikaner gebraucht werden. Die EU mit Deutschland als stärkster Macht muß die Kraft und den Willen haben, im eigenen Hinterhof Ordnung zu schaffen.

Daneben haben uns die Ungunst der Umstände und ein nicht besonders schlaues Taktieren seit zwei Jahren den Nahen Osten mit der Golfregion als zweiten Schwerpunkt für Auslandseinsätze beschert. Es steht zu befürchten, daß wir bei unseren Auslandseinsätzen auch dort nicht mehr herauskommen. Dafür gibt es zwei zwingende Gründe - Amerika und das Erdöl. Im Krieg gegen den Terror haben die Vereinigten Staaten zuerst Afghanistan ins Visier genommen, dann den Irak. Man mag die Perspektiven in beiden Ländern beurteilen, wie man will, sicher ist: Das zur eigenen Selbstbehauptung unfähige, leider ziemlich dekadente Europa braucht in den voraussehbaren weltpolitischen Wirbeln dringend die Vereinigten Staaten. Amerika bleibt, wie in den Jahrzehnten des Kalten Krieges, die notwendige Großmacht. Irgendwie muß also Deutschland dabeisein, wo sich die Führungsmacht massiv engagiert. Darin besteht der tiefere allianzpolitische Sinn unseres Afghanistan-Engagements. Die Beschwörung einer Demokratisierung liefert allenfalls das schöne Dekor.

Der zweite Grund, weshalb Deutschland im Nahen Osten genuine Sicherheitsinteressen hat, ist das Erdöl. Das Überleben der westlichen Industriestaaten hängt davon ab, daß die Golfregionen, zuvörderst das labile Saudi-Arabien, nicht in die Hände irrationaler Fundamentalisten fallen. Auch dafür wird Amerika gebraucht. Wer es beeinflussen will und die eigenen Interessen im Auge hat, muß irgendwie mit von der Partie sein. Schüler, Pfarrer und andere kindlich gebliebene Erwachsene mögen es für gescheit halten, hinter Plakaten herzurennen, auf denen "Kein Blut für Öl!" steht. Doch auch das gehört zu der Neigung der Deutschen zu abstrakten Wahrheiten. Wenn es überhaupt ein Interesse gibt, das es rechtfertigt, das Blut einer größeren Zahl europäischer, also auch deutscher, oder amerikanischer Soldaten zu riskieren, dann ist das die Sicherung ununterbrochener Erdölversorgung zu noch erschwinglichen Preisen.

Solange es im Baltikum und an der Ostgrenze Polens ruhig bleibt, könnte man sich einen dritten Leitsatz für deutsche Auslandseinsätze vorstellen: Finger weg von allen anderen Regionen! Mögen die Neogaullisten in Paris ihre obsolete Afrika-Politik selbst besorgen, bei der sich trübe Wirtschaftsinteressen mit dem Prestigebedürfnis einer abgestiegenen Weltmacht verbinden! Und wenn Premierminister Blair es für richtig hält, wie ein Gladstone des frühen 21. Jahrhunderts das Chaos Westafrikas

durch britische Fallschirmjäger einzudämmen, so möge man auch ihm viel Glück dabei wünschen, ohne aber selbst mitzumachen! Gewiß, man soll in der Außenpolitik niemals nie sagen. Eine dramatische Lage wie 1994 in Ruanda könnte es auch künftig wieder geben. Aber im großen und ganzen gilt, daß bei den zahllosen "neuen Kriegen" in Afrika keine Aussicht auf nachhaltige Besserung besteht. Wo aber Nachhaltigkeit nicht halbwegs sicher zu erwarten ist, sollten EU und UN keine humanitären Interventionen in Gang setzen.

Alles in allem rät die Lebenserfahrung dazu, die Auslandseinsätze der Bundeswehr vorerst auf Sparflamme zu setzen. Auch dann wird noch genug anbrennen.

Der Verfasser ist Emeritus für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.06.2003, Nr. 24 / Seite 11